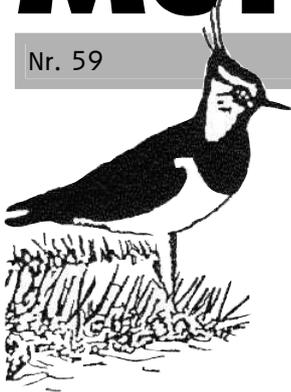


Metelener Kiebitz

Nr. 59

Januar 2002



Metelen, wohin geht Deine Reise?

Metelen, mittlerweile die kleinste Gemeinde des Kreises, hat es nicht einfach. Wir können unseren Ort mit einer kleinen Familie vergleichen, die in einem zu großen Haus lebt. Unsere Familie hat nämlich neben dem Oberhaupt nur ca. 6.000 Mitglieder, unser Haus bietet aber Platz für 7.000 Schwestern und Brüder. Die Sanitäranlagen sind für 7.000 Menschen ausgelegt, auch die Bibliotheken und die Fitnessplätze und -räume. Die Gästezimmer und die Anlagen rund ums Haus sind sogar so groß, dass die Besucher nicht ausreichen, die freien Plätze zu füllen.

Da wir aber nicht einfach einen

Teil unseres Hauses und der Außenanlagen abreißen oder stilllegen, müssen wir auch diesen leer stehenden Teil unterhalten und heizen, die Hypotheken bezahlen und so weiter. Das hält aber eine Familie mit geringem Einkommen nicht lange aus.

Was bleibt uns denn da übrig?

Zunächst versucht der Familienrat, die Einnahmen zu erhöhen und gleichzeitig zu sparen. Zunächst spart er da, wo es noch nicht so weh tut. Die Familie kauft Möbel auf Raten, tapeziert erstens

selbst und zweitens erst nach vielen Jahren und das Auto fährt bis zur Verschrottung. Aber es hilft nicht viel, es muss weiter geheizt und unterhalten werden. Auch die Zinsen werden vierteljährlich abgebucht. Darum verfällt der Familienrat auf einschneidendere Maßnahmen. Er kürzt den Kindern das Taschengeld und die Vereinsbeiträge und die Mutter muss mal wieder an die Nähmaschine. Nur der Vater darf noch seinem Hobby frönen und basteln und werkeln, die Außenanlagen vermehren.

Aber auch diese Maßnahmen verpuffen irgendwann, weil die Unterhaltungskosten steigen. Zusätzlich wird das Dach undicht, es regnet ins Wohnzimmer und der Schornsteinfeger nimmt den

weiter auf Seite 3



SPD

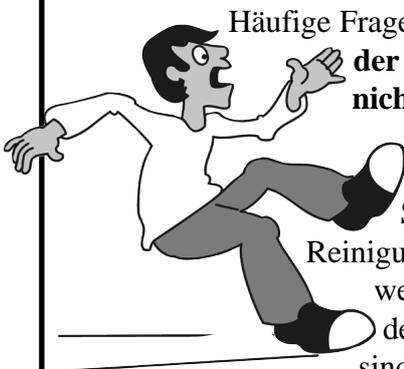
Wie gut, dass ein Kiebitz fliegen kann!

Sonst könnte er auf den Schnabel fliegen, wenn es auf Metelens Straßen glatt ist! „Streu- und Räumpflichten Straßenreinigungssatzung“, so lautete die Überschrift über einen Zeitungsartikel in diesen Tagen. Der Artikel hat viel Schnee aufgewirbelt.

Der Kiebitz hat sich daraufhin die Satzung einmal angesehen und hat darin Antworten auf Fragen von besorgten Bürgern gefunden.

Häufigste Frage von Bürgern: **Und wer räumt die Gehwege und die jeweiligen Straßenhälften an Gemeindegrundstücken, am Sportplatz und sonst wo?**

Antwort: Nach § 2 Absatz 1 der Satzung wird die Reinigung für [...] Fahrbahnen und Gehwege den Eigentümern der an sie angrenzenden und durch sie erschlossenen Grundstücke auferlegt. Hierzu zählen auch Bushaltestellenbuchten, Radwege etc. Also: Die Gemeinde muss auch streuen und räumen, wenn das betroffene Grundstück als (durch die jeweilige Straße) erschlossen gilt.



Häufige Frage von Bürgern: **Und was ist, wenn der auf der anderen Straßenseite nicht räumt und streut?**

Antwort: Nach § 2 Abs. 1 der Satzung erstreckt sich die Reinigungspflicht nur bis zur Straßenmitte, wenn die Grundstückseigentümer beider Straßenseiten reinigungspflichtig sind. Im Umkehrschluss ist daraus zu folgern, dass erst einmal geforscht werden muss, ob der liebe Grundstücksnachbar von gegenüber reinigungspflichtig ist. Ist er das nicht, weil er durch eine andere Straße erschlossen oder noch gar nicht erschlossen ist, muss die andere Seite auch aufgepasst werden.

Seltene Frage von Bürgern: **Und warum ist das so?**

Antwort: [...] hat der Rat der Gemeinde Metelen in seiner Sitzung am 25. August 1980 folgende Satzung beschlossen: [...] (und letztmalig 1997 geändert)

Haben Sie noch Fragen?

Kaum zu glauben, aber wahr ...

Immer wieder betont unser Bürgermeister, wie sehr ihm die Vereine in Metelen am Herzen liegen. In der Realität sieht das leider anders aus. Denn wie sonst kann es dazu kommen, dass der Reiterverein Metelen nach 1998 und 2000 im Jahr 2001 schon zum dritten Mal dem Bürgermeister einen Antrag vorgelegt hat, dieser aber weder der Öffentlichkeit, geschweige denn dem Rat zur Entscheidung vorgelegt wurden.

Kreative Buchhaltung???

Nicht um Ideen verlegen ist dagegen der Bürgermeister, wenn es darum geht, eigene Interessen durchzuboxen. So wurden in 1998 die Kosten (ca. 15.000 DM) der vom Rat abgelehnten Organisationsuntersuchung kurzerhand mit Hilfe eines Buchungstricks in zwei Teile aufgeteilt, so dass die beiden Teile unter die Grenze von 10.000 DM und damit in die alleinige Entscheidungsbefugnis des Bürgermeisters fielen.

Impressum: Metelener Kiebitz, SPD-Ortsverein Metelen, verantwortlich: Helmut Brüning, weitere Redaktion: Willi Krude, Johannes Schwall, Andreas Sievert, Michael Zander, Kontakt: SPD-Bürgerbüro, Adenauerstraße 34, 48629 Metelen, Tel. (0 25 56) 99 72 35, Fax (0 25 56) 99 72 36, E-Mail: kiebitz@spd-metelen.de, Internet: <http://www.spd-metelen.de/>, Druck: Kirch Druck- und Verlag GmbH, Ochtrup, Auflage: 1.800

Fortsetzung von Seite 1

Brenner im Keller nicht mehr ab, weil die Abgaswerte nicht mehr in Ordnung sind. Zu allem Überfluss brechen dann auch noch Einnahmen weg, auf die man doch gebaut hatte. Einigen Familienmitgliedern wird das dann doch zu viel und sie ziehen um in ein anderes Haus. Oft diejenigen, die auch Einkommen erzielt und so zum Familienunterhalt beigetragen haben.

Das verschärft die Lage der Familie noch einmal und das System gerät ins Trudeln. Einzelne Familienmitglieder, die sich mit einem Grundstück und einem Haus in die Familie eingekauft haben, murren, andere tragen stillschweigend ihre Last. Einige aber sehen die Gefahr eines Einsturzes des Hauses oder eines Anbaus und versuchen, durch Eigeninitiative das Schlimmste zu verhindern. Aber auch denen fehlt es manchmal am Nötigsten. Andere versuchen, reiche Mäzene zu finden, die sich für die Außenanlagen interessieren und bereit sind, hierfür Geld herauszurücken. Währenddessen gibt das Oberhaupt Durchhalteparolen aus und sieht sich und den

Familienrat auf dem schwierigen, aber richtigen Weg.

Da aber jede Familie auch

Rechenschaft ablegen muss, bleibt die Misere dem ganzen Staate nicht unbekannt. Und da sich der Staat in seinen Grundsätzen dazu verpflichtet hat, jede Familie

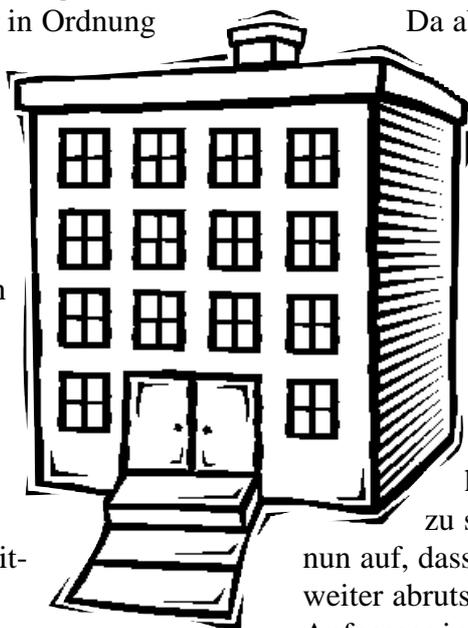
zu schützen, passt er nun auf, dass die Familie nicht weiter abrutscht. Aber so ein Aufpasser im Haus ist halt nicht gern gesehen und es lässt sich trefflich drauf schimpfen.

Schade nur, dass diese Familie nicht mehr das Heft in der Hand hat und nicht mehr in der Lage ist, Familienmitglieder zu fördern. Bleibt nur zu hoffen, dass das Oberhaupt und der Familienrat die Probleme nicht länger vor sich herschieben, sondern sie lösen. Und sei es dadurch, dass sie sich von einigen Schmuckstücken trennen, um andere damit zu retten. Auch sollten sie bedenken,

vorläufig keinen weiteren Schmuck zu kaufen, solange der übrige beim Pfandleiher liegt.

Also lieber Familienrat, mach mal Dampf und warte nicht auf weitere Informationen, sie können, wenn sie überhaupt mal kommen, nur schlechter werden. Und wenn Du Dampf gemacht hast, dann achte auch darauf, dass er in Kraft umgewandelt wird – und nicht verpufft.

Dein treues Familienmitglied,
der Kiebitz



Es tut sich was ...

... bei der SPD! Auch hinter den Kulissen sind wir nicht untätig.

Folgende Termine stehen in der nächsten Zeit bei uns an:
Am 26. Januar diskutiert die **SPD-Fraktion auf ihrer Klausurtagung** den Gemeindehaushalt. Am 15. oder 16. Februar steht unsere **traditionelle Winterwanderung mit einer Betriebsbesichtigung** an. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen teilzunehmen. Genauere Informationen werden in der Tageszeitung bekannt gegeben, können aber auch in unserem Bürgerbüro (Tel. 99 72 35, Fax 99 72 36, E-Mail: vorstand@spd-metelen.de) erfragt werden. Und am 08. März wird auf der **Jahreshauptversammlung** turnusmäßig der Vorstand der Metelener SPD neu gewählt.

Die eigentliche Arbeit steht noch aus: Afghanistan nach den Militärschlägen

Von Angelica Schwall-Düren, MdB

Das Ende des Kampfes gegen die Taliban-Terroristen in Afghanistan zeichnet sich ab. Damit rückt der politische Prozess in den Vordergrund. Denn für die Zukunft des Landes ist es entscheidend, einen Rückfall in die Anarchie der Vor-Taliban-Zeit zu verhindern.

Die rot-grüne Bundesregierung engagierte sich von Beginn an sehr stark in der politischen, humanitären und finanziellen Unterstützung des afghanischen Volkes, ohne sich allerdings vor einer Beteiligung bei der militärischen Bekämpfung des internationalen Terrorismus zu drücken. Diese Beteiligung resultiert aus der Notwendigkeit, zusammen mit unseren europäischen Partnern mehr Verantwortung in der Weltpolitik zu übernehmen, um unsere Vorstellungen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen.

Unterstrichen wird dieses besondere politische Engagement der deutschen Bundesregierung unter anderem durch die Ausrichtung der neuntägigen Bonner Petersberg-Konferenz, auf der sich die verschiedenen Gruppierungen Afghanistans auf eine gemeinsame Übergangsregierung geeinigt

haben, und durch Deutschlands Vorsitz in der humanitären Afghanistan Support Group.

Deutschland stellt 160 Mio. DM für den Wiederaufbau im Rahmen eines Stabilitätspaktes für Afghanistan zur Verfügung. Priorität haben dabei Bildung (insbesondere für Frauen und Mädchen), Wiedereröffnung deutscher Schulen, des Goethe-Instituts, Minenräumen, Aufbau zivilgesellschaftlicher und demokratischer Strukturen (z.B. Verwaltung und Medien), Sicherheit und Bekämpfung des Drogenanbaus und -handels. Zu allererst geht es jetzt aber darum, Hunderttausende von Afghanen über den Winter zu bringen.

Die Verantwortung für eine friedliche, freiheitliche, stabile und demokratische Entwicklung des Landes liegt natürlich in erster Linie bei den Afghanen selbst. Internationale Hilfe für den Wiederaufbau des Landes würde verpuffen, wenn die sogenannten Warlords, regionale Kriegsfürsten, Afghanistan wieder in ein Schlachtfeld verwandeln würden. Deshalb wird eine großzügige Hilfe der internationalen Gemeinschaft an politische Bedingungen geknüpft.

Dazu gehören die strikte Einhaltung der Menschenrechte, die substantielle Beteiligung der Frauen an der politischen Macht und die Anerkennung einer legitimen Zentralgewalt, die in einer Übergangsphase mit internationaler Hilfe für Recht und Ordnung sorgt. Wir beteiligen uns im Rahmen einer UNO-Schutztruppe an dieser Aufgabe.

Der erfolgreiche Abschluss der Verhandlungen auf dem Petersberg über die Neuordnung Afghanistans, aber auch der bei den Vereinten Nationen und dem Internationalen Roten Kreuz vorherrschende Optimismus, dass die afghanische Bevölkerung ohne humanitäre Katastrophe über die Wintermonate gebracht werden kann, stimmen auch mich zuversichtlich: Die kombinierte Intervention aus militärischen Schlägen gegen das Taliban-Regime und das Terrornetzwerk Al Kaida auf der einen und die politische, humanitäre und finanzielle Unterstützung auf der anderen Seite war eine bessere Wahl als nur verbale Verurteilung der Lage in Afghanistan und bloßes Abwarten des nächsten Terroranschlags von Osama bin Laden.